



In den Stadtbezirksrat Mitte
In den Sozialausschuss
In den Kulturausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Sport, Bäder und
Eventmanagement
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen,
Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche
Ordnung
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat
Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Linden-Limmer (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
(zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Nord (zur Kenntnis)
An den Betriebsausschuss für Stadtentwässerung (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide (zur
Kenntnis)

Nr.

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Hannover - Mit Sicherheit zusammen!

Mit Sicherheit zusammen: Hannover stärkt Ordnung, Prävention, Stadtgestaltung und

soziale Präsenz.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Inhalte des Maßnahmenpakets "Mit Sicherheit zusammen!" wirken sich in gleichwertiger Weise auf die Belange von Männern und Frauen bzw. auf alle gesellschaftlichen Gruppen aus. Den besonderen Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wird durch die gewählten Handlungsschwerpunkte und Handlungsansätze Rechnung getragen.

Kostentabelle

Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sind teilweise ergänzende Beschlussdrucksachen erforderlich. Diese werden zu gegebener Zeit den politischen Gremien zur Beschlussfassung mit entsprechenden Kostentabellen vorgelegt, soweit die Maßnahmen nicht dem Geschäft der laufenden Verwaltung zuzuordnen sind. Zu beachten ist, dass ein gewisser Anteil der Maßnahmen durch Einbringen privaten Kapitals bzw. durch Einwerben von Fördermitteln realisiert werden kann.

Die Landeshauptstadt Hannover stellt sich seit jeher der anspruchsvollen Aufgabe, ihre Innenstadt als Zentrum der Stadt, der Region und des Landes als attraktiven, lebenswerten, vielfältigen, sicheren und offenen Raum für alle Menschen zu gestalten. Sicherheit und Ordnung werden dabei nicht isoliert betrachtet, sondern in ihrem Zusammenhang mit sozialer Teilhabe, Stadtgestaltung und öffentlichem Leben verstanden. Die Innenstadt ist ein Spiegel der gesamten Stadtgesellschaft – Ort des Handels, der Begegnung, der Kultur, des Wohnens aber auch der sozialen und gesellschaftlichen Spannungen, die eine moderne Großstadt mit sich bringen.

Klar ist: Hannover weiß um diese und weitere Herausforderungen. Sie sind Ausdruck einer Zeit, in der gesellschaftliche Dynamiken zunehmen, in der sich soziale Ungleichgewichte verschärfen und in der sich auch Unsicherheitsgefühle verändern. Drogenkonsum im öffentlichen Raum, Konflikte zwischen Nutzer*innengruppen, das Empfinden mangelnder Sauberkeit oder die Sorge um Sicherheit prägen vielerorts den öffentlichen Diskurs. Zugleich zeigt sich Hannover als Stadt mit bemerkenswerten Integrationsleistungen, mit einer starken Zivilgesellschaft und einer aktiven Verwaltung, die sich diesen Themen gestaltend nähert.

Die Stadtverwaltung hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen umgesetzt, die das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Zentrum nachhaltig verbessern. Gerade mit Blick auf Klimaanpassung, Verkehrswende und Aufenthaltsqualität, erfolgen städtebauliche und architektonische Veränderungen – hellere Straßenräume, neue Beleuchtungskonzepte, die Aufhebung dunkler Durchgänge, die Aufwertung öffentlicher Plätze, sowie die Stärkung der Kommunalen Kriminalprävention. Hinzu kommen umfangreiche Aktivitäten im Bereich der Sauberkeit, der Ordnung und der sozialen Arbeit: verstärkte Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes, enge Kooperationen mit Polizei und Sozialträgern, die Etablierung eines städtischen Zentrums für Kommunale Kriminalprävention, Projekte für obdachlose und suchtkranke Menschen, mobile Jugendarbeit und eine Vielzahl präventiver Angebote in den Innenstadtquartieren.

Deutlich wird der Gestaltungswille der LHH durch die kontinuierlich projektierten und realisierten städtebaulichen Weiterentwicklungen. Dabei folgten die großen städtebaulichen und verkehrsplanerischen Maßnahmen den jeweils aktuellen stadtentwicklungspolitischen Leitbildern, zuletzt im Rahmen der Erarbeitung des Innenstadtkonzeptes „Mitte neu denken 2035“ dem Ziel der gemischten, zukunftsfähigen und resilienten Innenstadt.

Hier wird der Blick auf die spezifischen Stärken und Bedarfe der einzelnen Teilbereiche und Quartiere der Stadt gelenkt. Der jüngst vom Rat beschlossene Masterplan „Nördliches Bahnhofsviertel“ steht beispielhaft für die enge Verzahnung von Städtebau und Stadtgestaltung - unter Einbeziehung der sozialen Fragestellungen und der Nachhaltigkeitsdebatten - mit den Themen der Sicherheit und Ordnung vor Ort. Konkret soll die Oststadt direkt an die zentrale Innenstadt „herangerückt“ werden, indem die öffentlichen Räume mit den angrenzenden Nutzungen und Gebäuden eine sichere, attraktive, angenehm und komfortabel zu nutzende Verbindung zwischen dem Weißekreuzplatz und dem Hauptbahnhof bilden und „Angsträume“ beseitigen.

Auch das große Entwicklungsprojekt „Urban Q“ auf der Fläche des ehemaligen Postscheckamtes und die Nachnutzung des Verwaltungsgebäudes an der Leinstraße / Köbelinger Markt werden derzeit als gemischte, vielfältige und urbane Quartiere neu geplant. Zusammen mit weiteren Aufwertungen von öffentlichen Plätzen und Straßenzügen wie dem Steintorplatz, der Schillerstraße, Prinzenstraße, Joachimstraße, Schmiedestraße und im Umfeld der Oper sollen die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsempfinden nachhaltig verbessert werden.

Unter Beteiligung von Polizei, Präventionsrat, Stadtbezirksmanagement, Politik und weiteren wurde 2025 die Beleuchtung in „dunklen Bereichen“ der Innenstadt nachgebessert bzw. wird in den kommenden Wochen noch nachgebessert. Anfang 2026 wird die Effektbeleuchtung im Tunnel Fernroder Straße in Betrieb genommen, im Tunnel Lister Meile wird die Beleuchtung ebenfalls 2026 erneuert.

Gleichzeitig arbeitet die Verwaltung an Maßnahmen zur besseren Ausleuchtung („helle Orte“), an Konzepten gegen negative Wirkungen von Leerstand, etwa durch temporäre städtische oder private Nutzungen (Hannover.Kiosk, Digital.Kiosk) sowie an Konzepten zur Ordnung des Abstellens von Leihräder und -E-Scootern. Daneben befindet sich die Stadtverwaltung in enger Abstimmung mit diversen Bauherren und Investoren, um die unterschiedlichen Ansprüche – von Sicherheit über Barrierefreiheit bis zur Stadtgestaltung - an neue innerstädtische Bauten und Umnutzungen von Gebäuden bereits in der Planungsphase zu integrieren.

Diese Maßnahmen greifen ineinander. Sie verbinden soziale Verantwortung mit städtischer Gestaltung, Prävention mit Kontrolle, Fürsorge mit Entschlossenheit.

Gleichzeitig weiß die Verwaltung, dass Sicherheit nicht allein eine Frage objektiver Kriminalitätsraten ist. Sie ist immer auch ein Gefühl – geprägt durch persönliche Erfahrungen, soziale Spannungen und sichtbare Veränderungen im Stadtbild. Deshalb betrachtet Hannover das Thema umfassend: Es geht um physische Sicherheit ebenso wie um das subjektive Wohlbefinden, um Sauberkeit ebenso wie um Respekt und Teilhabe. Eine moderne Großstadt muss beides leisten: Schutz und Offenheit, Verlässlichkeit und Beweglichkeit.

Mit dieser Haltung blickt die Stadtverwaltung nach vorn. Aufbauend auf den bereits umgesetzten Projekten werden in den kommenden Jahren weitere Maßnahmen folgen, die das Sicherheitsgefühl und das Wohlergehen der Bevölkerung gezielt stärken. Dazu gehören: der weitere Ausbau städtebaulicher Prävention, eine engere Verzahnung von städtischer Sozialarbeit und Ordnungspolitik, auch in den Stadtteilen, zusätzliche Angebote zur Drogen- und Suchtprävention, mehr Sauberkeit, Angebot einer zusätzlichen bahnhofsnahen Toilette, Verbesserungen im Beleuchtungs- und Aufenthaltskonzept der Innenstadt sowie neue Beteiligungsformate für Bürger*innen. Ziel ist eine Innenstadt, die für alle Menschen gleichermaßen ein sicherer, sauberer und sozialer Ort ist – ein Raum, der das Vertrauen in das öffentliche Leben stärkt und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft

sichtbar macht.

Diese kurze Übersicht zeigt ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf, was bereits erreicht wurde, wo sich Erfolge zeigen und wo weitere Schwerpunkte notwendig sind. Sie ist keine reine Bilanz, sondern ein Arbeitsinstrument für die Zukunft – eine Grundlage, um das Ziel einer sicheren, sauberen und sozialen Innenstadt systematisch weiterzuverfolgen. Denn Sicherheit in Hannover ist kein Zustand, sondern eine gemeinsame Aufgabe, an der Verwaltung und Stadtgesellschaft kontinuierlich arbeiten – mit Pragmatismus, Verantwortung und Zuversicht.

Zukünftige Maßnahmen:

1. Bahnhofsnahe Plätze

Die Landeshauptstadt Hannover steht seit Jahren vor der Herausforderung, verschiedene innenstadtnahe Räume so weiterzuentwickeln, dass sie sowohl funktional als auch sozial stabil sind und von der Bevölkerung als sicher, geordnet und angenehm wahrgenommen werden. Vor allem an den bahnhofsnahe Plätzen – dem Weißekreuzplatz, dem Andreas-Hermes-Platz und dem Raschplatz – zeigen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen, die eine differenzierte Betrachtung und eine abgestufte Maßnahmenstrategie erfordern.

Am Weißekreuzplatz zeigt sich, wie durch städtebauliche Umgestaltungen deutliche Verbesserungen erzielt werden können. Gleichzeitig bestehen am Andreas-Hermes-Platz und am Raschplatz weiterhin strukturelle, soziale und ordnungsbezogene Problemlagen. Hieraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag, die bereits eingeleiteten Maßnahmen der verstärkten sozialen Präsenz und der Nutzung des Raums zu erweitern und neue Ansätze zu etablieren, um sowohl das subjektive Sicherheitsgefühl als auch die objektive Lage spürbar zu verbessern. Perspektivisch werden diese Orte städtebaulich angepasst. Um bis zur Umsetzung andere Nutzungsperspektiven aufzuzeigen, setzt die Stadtverwaltung auf kulturelle, sportliche, kommerzielle und nicht-kommerzielle Angebote in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern und Kulturinstitutionen. Am Andreas-Hermes-Platz hat sich das Format der „Summer Lounge“ im vergangenen Sommer als geeignetes Instrument erwiesen, um durch niedrigschwellige Zugänge, kulturelle Angebote, sportliche Aktivitäten und soziale Präsenz eine stabile und positivere Atmosphäre zu schaffen. Die Stadtverwaltung schlägt vor, dieses Modell fortzuführen und auszubauen. Dazu gehört die klare Zielsetzung, Menschen einzubeziehen, die den Platz bislang vorwiegend passiv oder konfliktbelastet nutzen – einschließlich obdachloser Personen und weiterer vulnerabler Gruppen. Die Erfahrungen zeigen, dass genau diese offene Form der Einbindung und die sichtbare, aber nicht repressiv wirkende Präsenz sozialer Strukturen wirksam zur Entspannung beitragen. Der Ansatz soll weiterentwickelt werden und auf eine regelmäßige, verlässliche Nutzung des Platzes hinauslaufen. Die Verwaltung wird für 2026 eine entsprechende Drucksache vorlegen.

Der Raschplatz mit seiner zentralen Lage am Hauptbahnhof bleibt eine komplexe Anforderung. Bis zur Umsetzung der in Planung befindlichen baulichen Neuordnung im Zuge des Masterplans „Nördlicher Hauptbahnhof“ wird dort eine Zwischenlösung benötigt, die sowohl die Aufenthaltsqualität verbessert als auch Konflikte reduziert. Die Stadtverwaltung schlägt deshalb vor, eine kontinuierliche Nutzungskultur zu etablieren – mit Formaten, die sowohl im Sommer als auch im Winter tragfähig sind. Ziel ist eine strukturierte, vorhersehbare und dauerhaft sichtbare Präsenz, die den Platz sozial stabilisiert und seine Nutzungsmuster positiv verändert. Spätestens für den Sommer 2026 soll dabei eine tragfähige Lösung etabliert sein. Die Verwaltung

führt Gespräche, um eine Mitfinanzierung durch Dritte abzusichern. Nach deren Abschluss wird eine Drucksache vorgelegt werden.

2. Konfliktmanagement

Im Jahr 2022 startete im Stadtbezirk Linden Limmer die Kooperation Linden Nord (KoLiNo) unter Beteiligung der Polizei, des Städtischen Ordnungsdienstes und einem beauftragten Unternehmen für Konfliktmanagement im öffentlichen Raum, welches seitdem in den Sommermonaten April bis September die Limmerstraße an Freitag- und Samstagabenden bestreift und Nutzungskonflikte zwischen feiernden Personen, Gaststättenbetreibenden, Passant*innen und Anwohnenden moderiert. Diese erfolgreichen Erfahrungen sollen genutzt werden, um lageangepasst und flexibel auch punktuelle Angebote an anderen Orten anzubieten. Hier soll niedrigschwellig mit sog. Konfliktmanager*innen auf die mit dem Verhalten verbundenen Probleme aufmerksam gemacht, eine friedliche Austragung von Konflikten im öffentlichen Raum ermöglicht sowie ein Bewusstsein für gegenseitige Rücksichtnahme geschaffen werden. (vgl. BDS 1265/2024) Die Vergabe wird derzeit vorbereitet.

Die Stadtverwaltung arbeitet derzeit an einem stadtweiten Awareness- und Präventionskonzept für Großveranstaltungen, die unmittelbar oder mittelbar von der Stadt Hannover veranstaltet werden. Mit diesem Konzept wird das Ziel verfolgt die Teilnehmenden, Organisator*innen und Sicherheitskräfte für Diskriminierungen jeglicher Art, sexuelle Belästigung und Gewalt zu sensibilisieren. Darüber hinaus wird das Konzept Hilfemaßnahmen definieren und einheitliche, zentrale und niedrigschwellige Meldewege festlegen, um Übergriffen zu begegnen oder diese zu verhindern. Im Rahmen einer Projektgruppe werden derzeit Maßnahmen entwickelt, die Hilfesuchende und Betroffenen von Belästigung, Gewalt und Diskriminierung in akuten Notsituation unterstützen und veranstaltungsübergreifend genutzt werden können. Hierbei finden die spezifischen Bedürfnisse diskriminierter Gruppen (z. B. LGBTQIA*-Personen, Menschen mit Behinderungen, BIPOC) eine ausdrückliche Berücksichtigung. Auf der Grundlage des Konzepts wird nachfolgend eine Umsetzungsperspektive entwickelt.

2024 konstituierte sich der Nachtrat in dem sich aktive Mitglieder*innen der Nachtkultur stadtteil- und generationsübergreifend zusammen mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung zu Themen rund um friedliches und sicheres Feiern in Hannover austauschen. Die Koordinierungsstelle Nachtkultur, die den Nachtrat organisatorisch begleitet, bildet dabei die Schnittstelle in die Verwaltung.

Die bestehenden Ansätze können perspektivisch zu einem stadtweiten Konzept für Konfliktmanagement im öffentlichen Raum, das sich auf ein gemeinsames Verantwortungsgefühl der Stadtgesellschaft setzt, erweitert werden. Denn Sicherheit und Ordnung entstehen nicht allein durch Kontrollen, sondern auch durch soziale Präsenz, Verantwortungsbewusstsein und gemeinschaftliches Verhalten.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Sicherheit auch durch Selbstwirksamkeit und positive Verstärkung erfahren werden kann, soll eine interdisziplinäre Kampagne zum Schwerpunkt Sicherheit das Thema mit einer handlungsorientierten positiven Perspektive bearbeiten. Neben der Einbindung aller relevanten Teile der Stadtverwaltung ist die Mitwirkung der Stadtgesellschaft in ihrer Breite dafür von zentraler Bedeutung. Auch ist eine Kooperation mit der City-Gemeinschaft und der HMTG anzustreben. Unter dem Arbeitstitel „Hannover- na sicher!“ sind alle Akteure aufgefordert, mitzuwirken und gemeinsam ein sicheres Umfeld in ihrem engeren Bereich und (bei genügend Teilnehmenden) dann zusammengefügt in ganz

Hannover zu schaffen. Die gemeinsame Aktivität erzeugt ein Wir-Gefühl und ein Gefühl von Selbstwirksamkeit. Niemand ist der Lage machtlos ausgeliefert, sondern jede*r hat die Möglichkeit, sich zu beteiligen und mit seine*r Aktivität Hannover ein Stück sicherer zu machen. Handeln anstatt Resignation, Hannovers Stadtgesellschaft, die Politik und auch gerne Einzelpersonen müssen sich unterhaken und das Problem des mangelnden Sicherheitsgefühls aus sich heraus angehen und lösen. Die Kampagne berücksichtigt dabei rassismuskritische Dimensionen und hebt gesellschaftliche Diversität als Chance hervor.

Denkbar ist auch ein*e prominente*e Influencer*in/ Multiplikator*in als Kampagnenbotschafter*in.

Flankiert wird die Kampagne von einer ausführlichen Öffentlichkeitsarbeit über Social Media, Influencer*innen, Roadsidescreens, Plakate, Aufkleber und unterstützt von der HMTG. Die Öffentlichkeitsarbeit bindet alle städtischen Institutionen, wie zum Beispiel Schwimmbäder mit ein. Wichtig bei der Kampagne ist ein eigenes überzeugendes Corporate Design. Zudem soll die Kampagne mit realen Maßnahmen hinterlegt sein, mit denen stadtgesellschaftliche Akteure zu einer Stärkung des Sicherheitsgefühls beitragen können – etwa Schulungen. Eine Ansprechstruktur zu Sicherheitsthemen soll gewährleistet sein.

Entstehen soll eine Kampagne, die das Thema für ganz Hannover ins Bewusstsein rückt. Das entsprechende Konzept soll gemeinsam mit Verbündeten ausgearbeitet und mit ausreichend Ressourcen für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren ausgestattet werden.

3. Integration und Teilhabe

Es ist deutlich, dass in Bezug auf die Integration und Teilhabe der Menschen, die nach Deutschland und insbesondere nach Hannover gekommen sind, eine Reihe von Herausforderungen bestehen. Erkennbar ist ein in guten Teilen strukturelles Problem: fehlende Sprachkenntnisse, teilweise unsichere Aufenthaltsperspektiven, unzureichende Anbindung an Arbeitsmarkt und Bildungsangebote und mangelnde Teilhabemöglichkeiten können zu Perspektivlosigkeit führen. Die Stadtverwaltung hält es für notwendig, den Zugang zu Integrationskursen und Sprachkursen sowie – wo rechtlich zulässig – zu arbeitsmarktbezogenen Angeboten zu erleichtern und die Wartezeiten für die Einbürgerungstests von aktuell 3-4 Monaten zu reduzieren. Das erfolgreiche Konzept „Wege ins Bleiberecht“ soll in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat fortgeführt werden. Das Einbürgerungsverfahren bauen wir mit dem Einsatz von Digitalisierungskomponenten weiter aus. Ziel ist es, Prozesse zu beschleunigen und Bearbeitungsstände transparenter zu gestalten.

Die sogenannte Stadtbild-Diskussion hat verdeutlicht, dass die Erlangung der sprachlichen Voraussetzungen für viele Zugewanderte weiterhin eine zentrale Aufgabe bleibt und Zugänge nicht immer so leicht erreichbar sind, wie es im Alltag hilfreich wäre. Hinter manchen Alltagskonflikten stehen strukturelle Faktoren wie unklare Bildungswege oder geringe Vertrautheit mit dem neuen Umfeld, die die Verunsicherung verstärken können. Die Stadtverwaltung nimmt diese Hinweise ernst und arbeitet daran, Zugänge dort zu erleichtern, wo dies rechtlich und organisatorisch möglich ist. Die Volkshochschule bietet mit 58 vom BAMF geförderten Integrationskursmodulen (996 Anmeldungen) sowie zwei Berufssprachkursen für 160 Teilnehmende eine stabile Grundlage für Sprache, Orientierung und Zugehörigkeit. Sie vermitteln Kenntnisse über Alltag, Grundgesetz und demokratische Werte und unterstützen Menschen auf dem Weg in Arbeit, Ausbildung und Einbürgerung. Ergänzend schaffen die wohnortnahen Stadtteil-Integrationskurse niedrigschwellige Lernorte im direkten Lebensumfeld. Sie verbinden alltagsnahe Sprachpraxis mit einer frühen Anbindung an soziale, kulturelle

und bildungsbezogene Strukturen im Quartier. Beide Angebotslinien ergänzen sich und stärken Teilhabechancen — ein Beitrag zu einem Hannover, das Sicherheit, Offenheit und soziale Stabilität im Blick behält und dort unterstützt, wo Unterstützung sinnvoll und wirksam ist. Aktuell sind die zeitweilig bestehenden Wartezeiten für diese Angebote weitgehend entfallen, sodass Interessent*innen oft unmittelbar aufgenommen werden können.

4. Sozialarbeit

Parallel dazu soll die aufsuchende Sozialarbeit weiter gestärkt werden, denn nicht alle Menschen in schwierigen Lebenslagen sind über stationäre Angebote erreichbar. Die Stadtverwaltung schlägt deshalb vor, die Streetwork-Strukturen mit dem Schwerpunkt Wohnungslosigkeit auszubauen. In einem ersten Schritt werden unterjährig 4,5 Stellen für diesen Zweck eingerichtet. Es zeigt sich, dass eine Ausweitung der Straßensozialarbeit in die Stadtbezirke erforderlich ist, um Konflikte frühzeitig zu erkennen, Menschen zu stabilisieren und soziale Eskalationen zu vermeiden. Die aufsuchende Sozialarbeit im Quartier/ Sozialraum ermöglicht eine räumlich begrenzte, dafür aber viel intensivere Vernetzung. Perspektivisch soll durch eine Ausweitung der personellen Ressourcen für jeden der 13 Stadtbezirke eine*n konkrete*n Ansprechpartner*in im Arbeitsfeld städtischer Straßensozialarbeit zur Verfügung stehen. Diese Person steht Mitarbeitenden in der Verwaltung, der Politik und Bürger*innen als Gegenüber zur Verfügung und koordiniert weitere notwendige Maßnahmen. So können lokale Entscheider*innen und das vorhandene Hilfesystem an Lösungsprozessen beteiligt werden und „kurze Dienstwege“ zum Wohle der Klient*innen entstehen. In diesem Zusammenhang kann gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort festgelegt werden, an welcher Stelle Straßensozialarbeit im Quartier erforderlich ist und wo es anderer, zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Gemeinsam mit den Trägern sollen die Angebote evaluiert und an den erkennbaren Bedarf angepasst werden. Eine enge Abstimmung mit dem städtischen Ordnungsdienst, der in den Stadtbezirken einen wesentlichen Akteur darstellt, ist diesem Kontext sinnvoll und angedacht, da der Ordnungsdienst wertvolle Hinweise zu einem möglichen Hilfebedarf von wohnungslosen Menschen geben kann, auf den im Rahmen der Straßensozialarbeit reagiert werden kann.

5. Verordnung über die Sicherheit und Ordnung

Zur operativen Verbesserung gehört darüber hinaus die Einführung der neuen Verordnung über die Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Hannover, die sich aktuell in der politischen Beschlussfassung befindet. Ziel der Neufassung ist, Lücken bei der Abwehr von Gefahren, bei denen jedoch ein Regelungsbedarf gesehen wird, zu schließen und sowohl Bürger*innen als auch den Einsatzkräften Sicherheit zu geben bei der Frage, was erlaubt ist und was nicht. Sie präzisiert bestehende Regelungen und schafft damit eine verbindliche Grundlage für ein rechtssicheres und professionelles Verwaltungshandeln. Insbesondere wurden die Regelungen zu störendem Verhalten in der Öffentlichkeit erweitert und konkretisiert. Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten werden erweitert.

6. Videoüberwachung

Die Modernisierung und der Ausbau der Videoüberwachungssysteme stellt einen weiteren Baustein dar (vgl. DS 1265/2024). In enger Abstimmung mit der Polizei werden die bestehenden Anlagen technisch erneuert werden und neue Standorte an Kriminalitätsschwerpunkten eingerichtet, um insbesondere nachts und an hochfrequentierten Orten bessere Bildqualität zu erreichen und Tätererkennungen zu erleichtern. Die Modernisierung zielt sowohl auf eine Erhöhung der Aufklärungsquote als auch auf eine präventive Abschreckungswirkung ab; datenschutzrechtliche Vorgaben bleiben vollumfänglich gewährleistet. Erste neue

Standorte werden noch in diesem Jahr aufgebaut.

7. Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes

Der Städtische Ordnungsdienst selbst befindet sich im strukturellen Ausbau (vgl. DS 1265/2024 und DS 1554/2024). Bis zum kommenden Sommer sollen 75 Stellen besetzt sein – nahezu eine Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Personalstand. Hierzu laufen die Stellenbesetzungsverfahren. Langfristig wird eine Aufstockung auf 100 Stellen angestrebt (vgl. DS 2029/2024 N1). Die Ordnungsbotschafter*innen, die bereits heute in Stadtteilen präsent sind und als niedrigschwellige Kontaktpersonen wirken, ergänzen diesen Ausbau (vgl. DS 1265/2024). In allen Stadtbezirken außerhalb der City sollen feste Ordnungsbotschafter*innen eingesetzt werden. Im Juni 2025 nahm die Leitstelle des Verkehrsaußen- und städtischen Ordnungsdienstes ihren Betrieb auf, die nun die Einsätze von Verkehrsaußen- und Ordnungsdienst zentral koordiniert und Hilfersuchen und akute Beschwerden entgegennimmt. Damit werden die vorhandenen Ressourcen optimal gesteuert.

8. Sauberkeit

Ein weiterer Baustein betrifft die Sauberkeit. Sauberkeit ist ein entscheidender Faktor für das Sicherheitsgefühl. Die erfolgreiche Kampagne „Hannover sauber!“ wird weiterentwickelt. Dazu gehören eine zusätzliche Innenstadtreinigung an hochfrequentierten Tagen, Nachsteuerungen in Problemzonen, zusätzliche Abfallfahnder bei aha, konsequente Bußgelder für Littering-Vergehen und eine stärkere öffentliche Ansprache zur Müllvermeidung und zu gemeinschaftlicher Verantwortung. Die zusätzliche Innenstadtreinigung soll bereits im Jahr 2026 im Rahmen der verfügbaren Ressourcen zunächst ausschließlich in der Fußgängerzone an bis zu 40 Tagen erprobt und bei erfolgreichem Verlauf in den Haushaltsplan 2027/2028 integriert werden. Als flankierende Maßnahme plant die Stadtreinigung mittels KI-gestützter Software die weitere Optimierung der Reinigungsorganisation. So sollen beispielsweise mittels Kamerasystem die Art und Intensität der Verschmutzungen in bestimmten Reinigungsbereichen automatisiert objektiv erfasst und in einer Plangrafik dargestellt werden, um die Wirkung von Reinigungsmaßnahmen örtlich noch effizienter gestalten zu können. Gleiches gilt für die Verstetigung des Modellvorhabens der Eco-Toilette an der sogenannten „Oettinger Wiese“ das sich als Partnerschaftsprojekt mit der DB in den vergangenen Monaten als sehr erfolgreich erwiesen hat und an einem weiteren Standort am Hauptbahnhof erprobt werden soll.

9. Stärkung Sicherheitspartnerschaften

Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wird weiter vertieft. Die Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei ist bereits ausgebaut (vgl. BDS 1265/2024). Ein gemeinsamer Ausschuss für Sicherheit ist eingerichtet. Die Sicherheitspartner*innen vereinbaren regelmäßig abgestimmte Lagebewertungen auf der Basis gemeinsamer Sicherheitsanalysen sowie die anlassbezogene Durchführung von stadtteilbezogenen Sicherheitskonferenzen. Die erste Sicherheitskonferenz fand am 08.12.2025 im Stadtbezirk Südstadt-Bult statt.

Die Zusammenarbeit im und rund um den Bahnhof mit Landes- und Bundespolizei wird intensiviert. Im Rahmen der bestehenden AG bahnhof.sicher werden Quattrostreifen (vormals Kooperationsstreifen) im Bahnhof und an den bahnhofsnahen Plätzen eingesetzt, die mit umfassenden Befugnissen Verstöße unmittelbar ahnden und durch abgestimmtes Handeln für mehr Sicherheit auf den bestreiften Flächen sorgen.

Es wurde eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen Landespolizei, ÜSTRA und

LHH geschlossen, die sich insbesondere mit der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr sowie den dazugehörigen Haltestellen befasst. Auch hier sind gemeinsame Streifen, Einsätze, Schulungen und abgestimmte Lagebewertungen vereinbart und erste Maßnahmen bereits umgesetzt.

Die bestehende Waffenverbotszone wurde erweitert. Die entsprechende Verordnung wird regelmäßig evaluiert und ggf. angepasst.

10. Kontaktkioske

Überdies möchte die Stadtverwaltung ein Konzept für so genannte Kontaktkioske erarbeiten. Diese werden bereits erfolgreich in anderen Städten wie z.B. in Krefeld eingesetzt, als zentrale Kioske oder Ladenlokale in denen Mitarbeitende aus Ordnungsdienst und Streetworker*innen für Gewerbetreibende, Bürger*innen und Hilfebedürftige ansprechbar sind, um wohnortnah Probleme je nach Sachlage direkt lösen zu können, auch im Hinblick auf einen präventiven Charakter.

OB
Hannover / 14.01.2026